

§§ 333-500 StPO

2. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-76773-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Die Notwendigkeit der Pflichtverteidigung kann sich auch erst auf eine Berufung der StA gegen einen Freispruch des Angeklagten ergeben.⁴²⁰ Was die Revisionsinstanz angeht, entspricht es der gefestigten, ständigen Rechtsprechung, dass eine Pflichtverteidigerbeordnung nicht per se notwendig ist, da die Revisionsbegründung auch zu Protokoll des Urkundsbeamten erklärt werden kann (§ 345 Abs. 2). Die Beordnung ist jedoch geboten, wenn sich u.a. aufgrund einer Erkrankung des Beschwerdeführers (im konkreten Fall eine Schädigung des Gehirns als Folge eines Verkehrsunfalls) die Unfähigkeit zur Selbstverteidigung aufdrängt.⁴²¹

Wenn der Verteidiger anwesend ist, aber **nicht ordnungsgemäß** oder **mangelhaft verteidigt**, begründet dies die Rüge der vorschriftswidrigen Abwesenheit grds. nicht.⁴²² Gleiches gilt, wenn der Verteidiger **nicht ausreichend** auf die Verhandlung **vorbereitet** ist oder sich nicht ausreichend auf sie vorbereiten konnte, weil das Gericht seinem Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung nach **§ 145 Abs. 3 nicht entsprochen** hat; im letzteren Fall ist der Angeklagte ausreichend über die Möglichkeit der Rüge nach Nr. 8 (vgl. → Rn. 181) oder § 337 geschützt.⁴²³ Da der Verteidiger, der nur schlecht vorbereitet ist, gleichwohl prozessuale Rechte im Interesse des Angeklagten geltend machen kann,⁴²⁴ ist der Angeklagte in diesem Fall nicht in derselben Lage, als wäre er unverteidigt. Umgekehrt gilt aber der Verteidiger trotz körperlicher Anwesenheit als abwesend, wenn er **ersichtlich verhandlungsunfähig** ist.⁴²⁵ Auch die alleinige Anwesenheit eines nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Scheinverteidigers an der Hauptverhandlung begründet einen Fall der Nr. 5.⁴²⁶

Schlechtverteidigung hat außerhalb der StPO auf **europäischer Ebene** eine weitreichende Bedeutung, die sich auch in der nationalen Rechtsanwendung niederschlägt. Wie der **EGMR** bereits in mehreren Fällen entschieden hat, kann ein Staat die Konvention verletzen, wenn ein von diesem berufener **Pflichtverteidiger eine reine Formvorschrift missachtet**, dieser Fehler in **zweiter Instanz nicht behoben** wird und dem Angeklagten hierdurch letztlich ein **Rechtsmittel verloren geht**.⁴²⁷ Zwar haben die Gerichte auch nach nationalem Recht eine prozessuale Fürsorgepflicht,⁴²⁸ aufgrund derer sich zB die Ablösung eines bestellten Verteidigers gebietet, sofern dieser sich als offensichtlich ungeeignet zeigt oder seine Verteidigerpflichten grob verletzt.⁴²⁹ Die Besonderheit an der Rechtsprechung des **EGMR** ist jedoch, dass die nationalen Gerichte nicht nur bei Offensichtlichkeit hinsichtlich einer Schlechtverteidigung nach nationalem Recht, sondern auch bei einer solchen hinsichtlich der **Schlechtverteidigung, die Art. 6 EMRK widerspricht**, zum Einschreiten angehalten sind. Deutlich wird mit dieser Entscheidung jedenfalls, dass die bloße Verteidigerbestellung die Fürsorgepflicht des Staates nicht erfüllt und dass die Gerichte

⁴²⁰ OLG Naumburg 14.4.2014 – 2 Rv 45/14, BeckRs 2014, 09217; OLG Nürnberg 16.1.2014 – 2 OLG 8 Ss 259/13, BeckRs, 2014, 02172.

⁴²¹ OLG Braunschweig 20.11.2013 – 1 WS 36613 1 Ws 366/13, NStZ-RR 2014, 51 (51 f.).

⁴²² BGH 26.8.1993 – 4 StR 364/93, BGHSt 39, 310 (314) = NJW 1993, 3275 (3277); BGH 24.11.1999 – 3 StR 390/99, NStZ 2000, 212 (213) mAnm Stern StV 2000, 404 ff.; zur Beruhensfrage bei unzureichender Verteidigungsleistung insgesamt vgl. Neuhaus StV 2002, 43 passim; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 44; Gericke in KK-StPO Rn. 79; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 107.

⁴²³ BGH 24.11.1999 – 3 StR 390/99, NStZ 2000, 212 (213); Pfeiffer Rn. 20; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 107.

⁴²⁴ BGH 24.11.1999 – 3 StR 390/99, NStZ 2000, 212 (213).

⁴²⁵ BGH 24.11.1999 – 3 StR 390/99, NStZ 2000, 212; zu den Anforderungen auch BGH 1.12.2020 – 4 StR 519/19, NStZ-RR 2021, 116 („Schwächeanfall“, der Verteidiger zwingt, sich zu setzen eine eine „Notfallmahlzeit“ einzunehmen, genügt nicht); Pfeiffer Rn. 20; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 44; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 107; Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 83 sowie Rn. 96 jeweils mwN.

⁴²⁶ Vgl. BGH 13.3.2019 – 1 StR 532/18, StraFo 2019, 246 = NStZ-RR 2019, 187 (Ls.) = BeckRS 2019, 5405.

⁴²⁷ EGMR 10.10.2002 – Rep. 2002 VIII, §§ 59 ff., NJW 2003, 1229 – Czekalla/Portugal zit. bei Gaede HRRS 11/2007, S. 402 (407); Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41.

⁴²⁸ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Einl. Rn. 155 ff.

⁴²⁹ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Einl. Rn. 162.

gehalten sind, das Recht auf Verteidigung dadurch zu gewährleisten, dass eingeschritten wird, sobald und soweit die Gefahr der Vereitelung wirksamer Verteidigung besteht.⁴³⁰ Um zu verhindern, dass die Schlechtverteidigung zu einem Rechtsverlust des Angeklagten führt, wird auf nationaler Ebene bei Schlechtverteidigung in genanntem Sinn die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 45 zu gewähren sein.⁴³¹ Ganz grundsätzlich wäre aber *de lege ferenda* eine Rüge der Schlechtverteidigung als Ausgleich für die zahlreichen Rügepräklusionen zu begrüßen, die dazu führen, dass ein Verteidigerfehler dem Angeklagten im Ergebnis (trotz Fehlens einer § 85 Abs. 2 ZPO entsprechenden Regel!) „zugerechnet“ wird und ihm damit (etwa im Falle der Nichterhebung eines Widerspruchs) zum Nachteil gereicht.

- 109 Die Rüge nach Nr. 5 kann nicht erhoben werden, wenn die Abwesenheit des Verteidigers sich auf einen Verhandlungsabschnitt bezieht, der ausschließlich einen **Tatvorwurf gegen Mitangeklagte** betrifft.⁴³²
- 110 Ist die Abwesenheit eines Verteidigers darauf zurückzuführen, dass ein Pflichtverteidiger dem Angeklagten – obwohl nach § 140 Abs. 1 oder 2 erforderlich – **nicht beigeordnet** wurde,⁴³³ und dieser selbst auch keinen Wahlverteidiger benannt hat, kann dies ebenfalls nach Nr. 5 gerügt werden und stellt nicht nur einen relativen Revisionsgrund nach § 337 dar.⁴³⁴ Wird dem Angeklagten demgegenüber zwar ein Pflichtverteidiger bestellt, hat dieser aber aufgrund Widerrufs **keine Anwaltszulassung** mehr, gilt der betroffene (Schein-)Verteidiger (und entsprechend auch ein notwendig mitwirkender Scheinverteidiger als Wahlverteidiger) als abwesend und der absolute Revisionsgrund der Nr. 5 ist gegeben.⁴³⁵ Erklärt der Angeklagte nach Beratung durch einen Scheinverteidiger einen Rechtsmittelverzicht, kann er im Falle der Rechtsmittelfristversäumnis Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangen; der **Rechtsmittelverzicht** ist **unwirksam**.⁴³⁶ Der **Widerruf** der Anwaltszulassung kann **Wirkung** jedoch erst **ab seiner Bestandskraft** entfallen.⁴³⁷
- 111 Hat ein Angeklagter **mehrere Verteidiger**, gilt die Verteidigung als insgesamt anwesend, wenn nur einer von ihnen erschienen ist.⁴³⁸
- 112 Die **Ablehnung bzw. Weigerung** des notwendigen Verteidigers, **abschließend zu plädieren**, begründet die Revision **nicht**.⁴³⁹ Auch wenn der Schlussvortrag maßgeblich sein kann, um ein positives Persönlichkeitsbild zu zeichnen oder den Tatvorwurf zu entkräften, ist die Situation des Angeklagten hierbei nicht mit der des Nicht-Verteidigten vergleichbar, sondern mit der des nicht ausreichend gut verteidigten Angeklagten. Eine unzureichende Verteidigung kann aber nicht im Wege der Revision gerügt werden.

⁴³⁰ So auch Barton, Einführung in die Strafverteidigung, 2. Teil § 4 Rn. 84; Gaede HRRS 11/2007, S. 402 (407) mwN.

⁴³¹ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41.

⁴³² BGH 2.12.1966 – 4 StR 201/66, BGHSt 21, 180 = NJW 1967, 580 (582); Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 180.

⁴³³ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 106.

⁴³⁴ BGH 24.1.1961 – 1 StR 132/60, BGHSt 15, 306 (307 f.) = NJW 1961, 740 (741); Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 44; Gericke in KK-StPO Rn. 79 mwN aus der Rspr.

⁴³⁵ BGH 5.2.2002 – 5 StR 617/01, BGHSt 47, 238 = NJW 2002, 1436 mAnm Beulke/Angerer NSStZ 2002, 443; BGH 20.6.2006 – 4 StR 192/06, NSStZ-RR 2008, 65 (67) bei Becker; BGH 30.8.2022 – 4 StR 117/22, BeckRS 2022, 24032; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 107; Gericke in KK-StPO Rn. 79.

⁴³⁶ BGH 5.2.2002 – 5 StR 617/01, BGHSt 47, 238 = NJW 2002, 1436 (1436 f.) für den Fall eines nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Verteidigers im Fall der notwendigen Verteidigung.

⁴³⁷ BGH 20.6.2006 – 4 StR 192/06, NSStZ-RR 2008, 65 (67) bei Becker; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 107.

⁴³⁸ Pfeiffer Rn. 20; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 105; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41 mwN. Jedenfalls insoweit ist der absolute Revisionsgrund der Nr. 5 nicht grundsätzlich bereits dann gegeben, wenn einer von mehreren (Pflicht-)Verteidigern eines Angeklagten nicht ständig in der Hauptverhandlung anwesend ist, vgl. BGH bei Dallinger MDR 1966, 200; BGH bei Holtz MDR 1981, 457; zuletzt OLG Stuttgart 14.12.2015 – 2 Ws 203/15, NSStZ 2016, 436.

⁴³⁹ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 96 mwN.

Soll der **Pflichtverteidiger als Zeuge** vernommen werden, ist dem Angeklagten für die Zeit der Zeugenvernehmung ein anderer Verteidiger beizuordnen.⁴⁴⁰ Anderes soll nach der Rechtsprechung jedoch gelten, wenn ein Verteidiger, der einen als Zeugen vernommenen **notwendigen Verteidiger** zu vertreten hätte, in dieser Vertretungszeit die Verteidigerpflichten kaum hätte anders ausüben können als durch bloße Anwesenheit, dh wenn kein ernsthafter Anlass für eine sinnvolle Verteidigungsaktivität bestanden hatte.⁴⁴¹

Die Rspr. hält eine **Verwirkung** der Rüge nach Nr. 5 für möglich, wenn der Verteidiger sich **eigenmächtig** aus der Hauptverhandlung **entfernt**;⁴⁴² in diesem Fall würde der Verteidiger die Grundlage der Revisionsrüge selbst schaffen. Dem ist zwar zuzugeben, dass dies auf den ersten Blick dem Zweck der Revision widersprechen würde, die den Angeklagten vor Rechtsverletzungen der staatlichen Gewalt schützen soll.⁴⁴³ Unproblematisch ist dies freilich nicht: Denn Angeklagter und Verteidiger stehen sich im Strafprozess in anderen Rollen gegenüber als im Zivilprozess. Während dort ein Verschulden des Vertreters dem Verschulden der Partei nach § 85 Abs. 2 ZPO gleichsteht, ist der Verteidiger im Strafprozess nicht Vertreter, sondern Beistand des Angeklagten.⁴⁴⁴ Jedenfalls genügt das „unangemessene Verhalten“ des Verteidigers, während des Plädoyers des Staatsanwaltes den Sitzungssaal zu verlassen, nicht, um im Anschluss in dessen Abwesenheit weiterzuverhandeln. Einer auf Nr. 5 gestützten Rüge kann in solch einem Fall der Erfolg nicht versagt werden.⁴⁴⁵

d) Urkundsbeamte der Geschäftsstelle. In jeder Hauptverhandlung muss ein Urkundsbeamter der Geschäftsstelle anwesend sein, § 226 Abs. 1.⁴⁴⁶ Zwar sieht § 168 S. 2 Hs. 2, 3 Ausnahmen von diesem „unbedingten Anwesenheitsgebot“⁴⁴⁷ vor, die Vorschrift ist jedoch in der Hauptverhandlung nicht anwendbar;⁴⁴⁸ insbes. kann das Gericht **nicht** wirksam auf die Anwesenheit des/r Urkundsbeamten **verzichten**.⁴⁴⁹ Unproblematisch kann während der Hauptverhandlung die Person des **Urkundsbeamten ausgetauscht** werden; die eingesetzten Urkundsbeamten müssen auch nicht am zuständigen Gericht tätig sein (→ § 226 Rn. 13).⁴⁵⁰ Zu beachten ist aber, dass in der Person des Urkundsbeamten einer der Berechtigungsgründe des § 153 Abs. 2–5 GVG vorliegt.⁴⁵¹

e) Dolmetscher. Nach § 185 GVG ist ein Dolmetscher hinzuziehen, wenn Personen an dem jeweiligen Verfahren beteiligt sind, die **der deutschen Sprache nicht mächtig** sind. In diesem Fall gehört der Dolmetscher zu den Personen, die während der **gesamten** Hauptverhandlung anwesend sein müssen und deren Abwesenheit somit umgekehrt die Rüge nach Nr. 5 begründet.⁴⁵² Nach § 185 Abs. 2 GVG kann die **Zuziehung** aber **unterbleiben**, wenn die beteiligten Personen sämtlich der fremden Sprache mächtig sind. Werden Zeugen

⁴⁴⁰ BGH 26.6.1985 – 3 StR 145/85, NJW 1986, 78; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 44 mwN.

⁴⁴¹ BGH 18.10.1966 – 5 StR 477/66, NJW 1967, 404.

⁴⁴² BGH 26.11.1997 – 5 StR 561/97, NStZ 1998, 209; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 105; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 5; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 44; Gericke in KK-StPO Rn. 79.

⁴⁴³ Zum Zweck der Revision → Vor § 333 Rn. 66 ff. sowie statt Vieler Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 4 mwN.

⁴⁴⁴ BGH 20.9.1956 – 4 StR 287/56, BGHSt 9, 356 (357); 30.1.1959 – 1 StR 510/58, BGHSt 12, 367 (369) = NJW 1959, 731 (732); Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Vor § 137 Rn. 1. Vgl. zur Problematik, die mit jeder Zurechnung eines „Verteidigerverschuldens“ im Strafrecht daher verbunden ist, auch Kudlich FS Beulke, 2015, 831.

⁴⁴⁵ BGH 16.7.2014 – 5 StR 200/14, NJW 2014, 2807.

⁴⁴⁶ BayObLG 31.7.2001 – 1 ObOWi 308/2001, NStZ-RR 2002, 16; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 39a; Franke Rn. 102; Frisch in SK-StPO Rn. 119.

⁴⁴⁷ Gericke in KK-StPO Rn. 73.

⁴⁴⁸ BGH 26.8.1980 – 5 StR 212/80, NStZ 1981, 31; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt § 226 Rn. 7; Gericke in KK-StPO Rn. 73.

⁴⁴⁹ Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 102 mwN.

⁴⁵⁰ Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 102; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt § 226 Rn. 7; Gericke in KK-StPO Rn. 73.

⁴⁵¹ Gericke in KK-StPO Rn. 73 mwN zu Rspr. bzgl. einzelner Vss. des § 153 GVG.

⁴⁵² BGH 11.11.1952 – 1 StR 484/52, BGHSt 3, 285; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 44; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 48; Widmaier/Momsen in Satzger/Schluckebier/Widmaier StPO Rn. 50.

vernommen, die **mehreren Sprachen mächtig** sind, entscheidet das Tatgericht nach pflichtgemäßem Ermessen, **ob und für welche Sprache** ein Dolmetscher hinzugezogen wird.⁴⁵³

117 Beherrscht der Angeklagte die deutsche Sprache nur **teilweise nicht**, steht es im **Ermessen** des Tatgerichts, in welchem Umfang der Dolmetscher zur Hauptverhandlung hinzugezogen werden soll.⁴⁵⁴ In diesem Fall ist es auch unschädlich, wenn der Dolmetscher zeitweilig abwesend ist.⁴⁵⁵ Die Entscheidung des Tatgerichts kann durch das Revisionsgericht **nur auf Ermessensfehler hin überprüft** werden.⁴⁵⁶ Ermessensfehlerhaft ist es etwa, den am Verfahren beteiligten Verteidiger in der Hauptverhandlung zugleich als Dolmetscher zuzulassen, und zwar – mangels Disponibilität dieses Grundsatzes – auch dann, wenn der Angeklagte dieses Vorgehen initiiert hat.⁴⁵⁷

118 Ist dem Verfahren ein Dolmetscher hinzugezogen und wird dieser im Verfahren als **Zeuge** vernommen, ohne für die Zeit der Vernehmung durch einen anderen Dolmetscher vertreten worden zu sein, begründet dies **nicht** automatisch die Rüge nach Nr. 5.⁴⁵⁸ Vielmehr soll das nur dann der Fall sein, wenn ausgeschlossen werden kann, dass die Zeugenvernehmung des Dolmetschers entweder durch diesen selbst oder andere im Gerichtssaal anwesende Dolmetscher übersetzt worden ist.⁴⁵⁹

119 Wurde der hinzugezogene Dolmetscher **entgegen § 189 GVG nicht vereidigt**, steht dies der Anwesenheit nicht entgegen. In Betracht kommt hier allenfalls die Rüge nach **§ 337**.⁴⁶⁰ Allerdings kann das Urteil jedenfalls dann nicht auf der fehlenden Vereidigung beruhen, wenn Gericht und Dolmetscher von der Wirksamkeit der Vereidigung ausgegangen sind.⁴⁶¹

120 Kommt ein völlig ungeeigneter Dolmetscher zum Einsatz, so kann nichts anderes gelten, als beim verhandlungsunfähigen Angeklagten, mithin ist dieser als nicht anwesend iSd Nr. 5 anzusehen, wobei die Behauptung einer schlechten Übersetzungsleistung „ins Blaue hinein“ nicht genügen kann.⁴⁶²

121 **3. Inhalt des Revisionsvorbringens.** Soll die Revisionsbegründung den Anforderungen des **§ 344 Abs. 2 S. 2** genügen, muss es für das Revisionsgericht möglich sein, den **jeweiligen Verfahrensabschnitt**⁴⁶³ und (damit einhergehend) dessen **Wesentlichkeit**⁴⁶⁴ für die revisionsrechtliche Beurteilung genau erfassen zu können. Wenn Gegenstand der Rüge die Abwesenheit des Angeklagten zB wegen Entfernung nach **§ 247** ist, muss dessen Rüge den Verfahrensabschnitt, auf den sich die Abwesenheit erstreckt, angeben, sowie den der Entfernung zugrundeliegenden Gerichtsbeschluss, dessen Ausführung oder evtl. Fehlerhaftigkeit,⁴⁶⁵ die Abwesenheit, die Dauer der Abwesenheit und die Verfahrensvor-

⁴⁵³ Gericke in KK-StPO Rn. 80 m. H. auf BGH 21.2.1989 – 1 StR 631/88, NStZ 1990, 226 (229 f.) bei Miebach.

⁴⁵⁴ BGH 11.11.1952 – 1 StR 484/52, BGHSt 3, 285; 17.1.1984 – 5 StR 755/83, NStZ 1984, 328; Gericke in KK-StPO Rn. 80; Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 100.

⁴⁵⁵ BGH 22.11.2001 – 1 StR 471/01, NStZ 2002, 275; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 48; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 44; Gericke in KK-StPO Rn. 80.

⁴⁵⁶ Gericke in KK-StPO Rn. 80 m. H. auf BGH 17.1.1984 – 5 StR 755/83, NStZ 1984, 328.

⁴⁵⁷ OLG Celle 22.7.2015 – 1 Ss (OWi) 118/15, NStZ 2015, 720.

⁴⁵⁸ BGH 11.5.1988 – 3 StR 566/87, NStZ 1988, 467 (468); Gericke in KK-StPO Rn. 80.

⁴⁵⁹ Wiedner in BeckOK StPO Rn. 117.1 m. H. auf BGH 23.10.2002 – 2 StR 353/02, NStZ-RR 2003, 291 (292).

⁴⁶⁰ BGH 17.9.1982 – 5 StR 604/82, NStZ 1982, 517; Gericke in KK-StPO Rn. 80 mwN aus der Rspr.

⁴⁶¹ BGH 17.1.1984 – 5 StR 755/83, NStZ 1984, 328; Gericke in KK-StPO Rn. 80 mwN aus der Rspr.

⁴⁶² Zum Ganzen auch Christl NStZ 2014, 376 (382), der aufgrund des weitgehenden Fehlens einschlägiger höchstrichterlicher Entscheidungen darauf schließt, dass die Revisionsgerichte ursprünglich zurückhaltend waren, was den Stempel der Dolmetscherqualität mit „mangelhaft“ anging. Ihm ist zuzustimmen, wenn er im Hinblick auf die zunehmende obergerichtliche Ausleuchtung auch dieses Bereichs (schon mit Blick auf die neugeschaffenen Übersetzungsregeln in § 187 Abs. 2 GVG) ein Wachstum an revisionsrechtlicher Bedeutung prognostiziert.

⁴⁶³ Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 50 m. H. auf BGH 9.10.1985 – 3 StR 473/84, StV 1986, 287; Gericke in KK-StPO Rn. 82 mwN.

⁴⁶⁴ BGH 21.2.1975 – 1 StR 107/74, BGHSt 26, 84 (91); Wiedner in BeckOK StPO Rn. 121; Frisch in SK-StPO Rn. 122 f.

⁴⁶⁵ Dahn/Müssig in MAH Strafverteidigung § 12 Rn. 134 mwN; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 50.

gänge während dieser benennen,⁴⁶⁶ mithin **alle Tatsachen, die den Verfahrensfehler begründen.**⁴⁶⁷ **Nicht erforderlich** ist hingegen, dass der Revisionsführer auch **Negativtatsachen**⁴⁶⁸ vorträgt, so zB dass der Verfahrensfehler nicht im weiteren Verlauf der Verhandlung geheilt wurde.⁴⁶⁹ Bei der Vernehmung der Opferzeugin als zentraler Belastungszeugin bedarf es auch im Falle einer wiederholten Vernehmung grundsätzlich nicht der Darlegung des wesentlichen Inhalts der Aussage der Zeugin.⁴⁷⁰

Ist der notwendige Verteidiger abwesend und ergibt sich die **Notwendigkeit** der Verteidigung gem. **§ 140 Abs. 2** aufgrund der Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage oder wegen der Schwere der Tat, muss dem Revisionsgericht durch entsprechenden Tatsachenvortrag im Revisionsvorbringen die Möglichkeit gegeben werden, zu **prüfen**, ob dem Angeklagten ein **Pflichtverteidiger hätte beigeordnet werden müssen.**⁴⁷¹ Es ist deshalb mit Blick auf § 344 Abs. 2 S. 2 unzureichend, wenn lediglich das Strafmaß, das gegen den Angeklagten verhängt wurde, mitgeteilt wird.⁴⁷² Wenn neben der Verfahrensrüge zugleich zulässig die Sachrüge erhoben wird und sich die Tatsachen, die die Verfahrensrüge stützen, aus dem Inhalt des Urteils selbst ergeben, ist es unschädlich, wenn die Verfahrensrüge für sich betrachtet den Anforderungen des § 344 Abs. 2 S. 2 nicht genügt.⁴⁷³

Ob sich der Angeklagte eigenmächtig aus der Hauptverhandlung entfernt hat oder der Beschluss nach **§ 231 Abs. 2** zu Unrecht ergangen ist, wird zwar im **Freibeweisverfahren** geklärt (vgl. hierzu → Rn. 100); allerdings ist als Grundlage für diese Überprüfung erforderlich, dass das **Revisionsvorbringen eine erste Überprüfung** hinsichtlich einer Verletzung des § 231 Abs. 2 **ermöglicht.**⁴⁷⁴

Die Rüge, dass die Hauptverhandlung nicht in Gegenwart einer Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle stattgefunden habe, weil die das Protokoll führende Justizangestellte zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht nach § 153 Abs. 5 S. 1 GVG betraut gewesen sei, setzt voraus, dass sich das Vorbringen mit einer potentiellen Ernennung auf Probe auseinandersetzt bzw. deren Nichtvorliegen behauptet.⁴⁷⁵ Bei der Rüge des Fehlens eines Dolmetschers (§ 185 Abs. 1 S. 1 GVG) für einen Zeugen in der Hauptverhandlung muss konkret und detailliert vorgetragen werden, aufgrund welcher Tatsachen sich die Notwendigkeit der Dolmetscherbeiziehung für das Gericht hätte aufdrängen müssen.⁴⁷⁶

VI. Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit (Nr. 6)

1. Begriffsbestimmung und Anwendungsbereich. a) Regelung im GVG und Schutzzweck. § 169 GVG normiert den **Grundsatz der Öffentlichkeit.** Nach seinem

⁴⁶⁶ Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 50 m. H. auf BGH 8.8.2007 – 2 StR 224/07, NStZ 2007, 717 (717 f.).
⁴⁶⁷ BGH 8.8.2007 – 2 StR 224/07, NStZ 2007, 717 (717 f.).

⁴⁶⁸ Mit der Forderung nach einer hinreichenden Begründung, aber im Ergebnis zustimmend Anm. Ventzke NStZ 2008, 262.

⁴⁶⁹ Zust. OLG Hamm 5.11.2020 – 3 RVs 43/20, BeckRS 2020, 57602; aA aber Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 50 mwN; Heilung kommt zB bei vorschriftswidriger Abwesenheit des Angeklagten bei der Verhandlung über die Entlassung eines Zeugen in Betracht, wenn der Angeklagte dem Gericht mitteilt, keine Fragen an den Zeugen stellen zu wollen oder wenn auf sein Verlangen dieser Zeuge erneut vernommen wird, BGH 21.4.2010 – GSSt 1/09, BGHSt 55, 87 (94) = NJW 2010, 2450 (2452).

⁴⁷⁰ BGH 11.3.2014 – 1 StR 711/13, NStZ 2014, 532.

⁴⁷¹ OLG Hamm 12.2.2008 – 3 Ss 541/07, NJW Spezial 2008, 378; 19.1.2001 – 2 Ss 133/00, StraFo 2001, 244; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 50; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 41; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 122. Exemplarisch BayObLG 25.11.2021 – 202 StRR 132/21, NStZ 2022, 381: Die Rüge, in der Berufungshauptverhandlung habe ein Fall der notwendigen Verteidigung wegen Schwierigkeit der Rechtslage vorgelegen, weil ein Verwertungsverbot nach § 252 in Betracht komme, setzt jedenfalls dann, wenn der Tatrichter von „spontan“ gemachten Angaben des zeugnisverweigerungsberechtigten Angehörigen ausgeht, einen Vortrag voraus, aus dem sich die konkrete Aussagesituation ergibt.

⁴⁷² OLG Hamm 12.2.2008 – 3 Ss 541/07, NJW Spezial 2008, 378.

⁴⁷³ OLG Celle 30.5.2012 – 32 Ss 52/12, NJW Spezial 2013, 537.

⁴⁷⁴ BGH 25.10.2011 – 3 StR 282/11, StV 2012, 72 (72 f.); 6.3.1984 – 5 StR 997/83, StV 1984, 326 = BeckRS 1984, 03310; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt § 231 Rn. 25.

⁴⁷⁵ BGH 15.7.2014 – 4 StR 34/14, NStZ-RR 2014, 378.

⁴⁷⁶ KG 27.11.2019 – 161 Ss 151/19, NStZ 2020, 563 mAnm Kulhanek.

Abs. 1 S. 1 ist die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündung seiner Urteile und Beschlüsse öffentlich. In ähnlicher Weise ist der Öffentlichkeitsgrundsatz zudem in Art. 14 Abs. 1 S. 1 IPBPR und in Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK normiert. § 169 Abs. 1 S. 2 GVG bestimmt umgekehrt Grenzen der Öffentlichkeitsgewährung, deren Verletzung nach hM nicht Nr. 6 unterfällt (vgl. → Rn. 126 und 133). Inwieweit auch Verletzungen der zum April 2018 in Kraft getretenen erweiterten Übertragungs- bzw. Aufzeichnungsmöglichkeiten in Presse-Arbeitsräume (Abs. 1 S. 2), zur Dokumentation zeitgeschichtlich relevanter Verfahren (Abs. 2) oder zur Information über Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (Abs. 3)⁴⁷⁷ zu einem absoluten Revisionsgrund führen, ist noch ungeklärt. Schon allein weil diese Erweiterungen alle im Ermessen des Gerichts stehen, wird sich die Frage kaum einmal stellen. Hinzu kommt, dass zumindest Abs. 2 keine spezifisch strafprozessualen Zwecke verfolgt und bei Abs. 3 nur die Urteilsverkündung betroffen ist, sodass jedenfalls auf diese Fälle Nr. 6 nicht angewendet werden sollte.

126 **Schutzzweck** des Öffentlichkeitsgrundsatzes und somit auch der **Nr. 6** war und ist es zu verhindern, dass „die Tätigkeit des Gerichts hinter verschlossenen Türen in ein Dunkel gehüllt und dadurch Missdeutungen und Argwohn ausgesetzt ist“.⁴⁷⁸ Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rechtsprechung soll gefestigt werden,⁴⁷⁹ Kontrolle derselben ermöglicht werden. Die Gründe für das Bemühen um die Vermeidung von Willkür, Heimlichkeiten und eine Entscheidungsfindung frei von sachfremden Erwägungen sind historisch bedingt („Kabinettsjustiz“). **Gegenwärtiges Schutzzut** ist in erster Linie das **Informationsinteresse der Allgemeinheit**, wobei dieses Informationsinteresse freilich vor allem durch die Zulassung der Medienöffentlichkeit gewährleistet ist.⁴⁸⁰ Zusammenhängend mit der Medienöffentlichkeit stellt sich die Frage, ob der Anwendungsbereich der Nr. 6 auch eröffnet ist, wenn gegen **§ 169 Abs. 1 S. 2 GVG verstoßen** wurde, dh wenn Ton-/Fernseh- und Rundfunkaufnahmen während der Hauptverhandlung gefertigt wurden. Die Rspr.⁴⁸¹ sieht in einem solchen Verstoß **keinen absoluten Revisionsgrund**.⁴⁸² Möglich bleibt in diesen Fällen aber die Revision nach § 337,⁴⁸³ wenn das Urteil auf dem Verstoß beruht.⁴⁸⁴

127 Die Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes steht aufgrund seiner Schutzrichtung, die den öffentlichen Interessen der Allgemeinheit dient, **nicht zur Disposition** der Verfahrensbeteiligten.⁴⁸⁵ Der Angeklagte geht auch dann nicht seines Rügerechts nach Nr. 6 verlustig, wenn die Initiative zum Ausschluss der Öffentlichkeit von ihm selbst ausging.⁴⁸⁶

128 **b) Öffentlichkeit, Öffentlichkeitsgewährung und Grenzen.** Öffentlichkeit in diesem Sinne meint Öffentlichkeit der mündlichen Verhandlung, dh der **Hauptverhandlung**,⁴⁸⁷ zu der **auch die Urteilsverkündung** (vgl. auch **§ 173 GVG**) gehört.⁴⁸⁸ Öffent-

⁴⁷⁷ Vgl. zum Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren Koch/Wallimann MDR 2018, 241.

⁴⁷⁸ RGSt 70, 109 (112) zit. bei Kudlich JA 2000, 970 (974); vgl. auch BGH 10.6.1966 – 4 StR 72/66, BGHSt 21, 72 (73) = NJW 1966, 1570 (1571); 23.5.1956 – 6 StR 14/56, BGHSt 9, 120 (121) = NJW 1956, 1646 (1647).

⁴⁷⁹ BGH 20.1.1953 – 1 StR 626/52, BGHSt 3, 387; Roxin/Schünemann StrafVerfR § 47 Rn. 1; Frisch in SK-StPO Rn. 124.

⁴⁸⁰ Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt GVG § 169 Rn. 1 mwN; vgl. zum Interesse der Allgemeinheit auch Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 103.

⁴⁸¹ BGH 17.2.1989 – 2 StR 402/88, BGHSt 36, 119 = NJW 1989, 1741 mAnm Fezer StV 1989, 290 ff.

⁴⁸² Anders hingegen Teile der Literatur, vgl. zB Meurer JR 1990, 385 (391); Roxin NStZ 1989, 375 (377) jeweils Anm. zu BGH 17.2.1989 – 2 StR 402/88, BGHSt 36, 119 = NJW 1989, 1741.

⁴⁸³ BGH 17.2.1989 – 2 StR 402/88, BGHSt 36, 119 (120) = NJW 1989, 1741.

⁴⁸⁴ Nach BGH 7.12.2016 – 1 StR 305/16, NStZ-RR 2017, 54 auch dann keine erfolgreiche Revision wegen Verletzung des § 171b Abs. 3 S. 2 GVG, wenn auszuschließen ist, dass in der öffentlichen Verhandlung Umstände nicht erörtert worden sind, die den Angeklagten entlastet hätten.

⁴⁸⁵ Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 103; Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 51.

⁴⁸⁶ BGH 4.12.2007 – 5 StR 404/07, NStZ 2008, 354; 31.1.1967 – 5 StR 650/66, NJW 1967, 687; RGSt 64, 385 (388); Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 103; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 46.

⁴⁸⁷ BGH 20.2.1996 – 5 StR 679/95, BGHSt 42, 46 (47) = NJW 1996, 1763 (1764); BGH 19.8.2004 – 3 StR 380/03, BGHSt 49, 255 (256) = NJW 2005, 519 (520); Gericke in KK-StPO Rn. 85.

⁴⁸⁸ Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 112.

lichkeit bedeutet, dass grds. **jedermann**⁴⁸⁹ während der **gesamten Dauer Zutritt** zu der jeweiligen Verhandlung gewährt werden soll, der an ihr teilnehmen will,⁴⁹⁰ ohne dass es hierbei auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder auf bestimmte persönliche Eigenschaften ankäme.⁴⁹¹ Neben dem Zutritt an sich wird durch den Öffentlichkeitsgrundsatz auch die für dessen Möglichkeit notwendige Vorstufe der **Kenntnisnahme von Ort und Zeit** der Hauptverhandlung erfasst, die für Interessierte ohne Schwierigkeiten möglich sein muss.⁴⁹² Hier ist allerdings zu beachten, dass der Anwendungsbereich der Nr. 6 in solchen Fällen **nicht eröffnet** ist, in denen die **Informationsmöglichkeiten** bzgl. des Sitzungssaals **nur geringfügig erschwert** wird, weil zB die Verhandlung in einem anderen als dem ursprünglich benannten Saal stattfindet und hierauf nicht hingewiesen wurde, das Gerichtsgebäude aber nur über drei Sitzungssäle verfügt;⁴⁹³ etwas anderes gilt aber, wenn im Rahmen der Hauptverhandlung ein Fahrzeug auf dem Dienstparkplatz des Gerichts durch die Verfahrensbeteiligten in Augenschein genommen wird und ein entsprechender Aushang oder Hinweis am Sitzungssaal fehlt.⁴⁹⁴ Es reicht für die Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes aus, wenn „jedermann die Möglichkeit hat, sich ohne besondere Schwierigkeiten Kenntnis [vom Ort der Hauptverhandlung] zu verschaffen“, und dass der Zutritt im Rahmen der tatsächlichen Gegebenheiten eröffnet ist.⁴⁹⁵ Daraus wird umgekehrt deutlich, dass ein Hinweisschild mit den **Öffnungszeiten am Gerichtseingang** den Anwendungsbereich der Nr. 6 eröffnen kann, wenn durch das Schild Prozessbesucher davon abgehalten werden könnten, an einer außerhalb dieser ausgeschriebenen Öffnungszeiten stattfindenden Verhandlung teilzunehmen.⁴⁹⁶

Eine natürliche **tatsächliche Grenze** findet die Öffentlichkeit dort, wo die **örtlichen 129 Gegebenheiten bzw. räumlichen Möglichkeiten** nur eine Öffentlichkeit in eingeschränkter Form zulassen,⁴⁹⁷ etwa weil die Größe des Gerichtssaals nur eine begrenzte Anzahl interessierter Prozessbeobachter fassen kann.⁴⁹⁸ Ein Ausweichen in größere Räume außerhalb des Gerichts (mag zwar in manchen Fällen möglich sein, aber) kann nicht gefordert werden. Gleiches gilt – unabhängig von der Frage, ob darin umgekehrt bereits ein Verstoß gegen § 169 S. 2 GVG liegen würde – auch von einer Live-Übertragung in andere Gerichtssäle.

Rechtlich begrenzt ist der Grundsatz der öffentlichen Hauptverhandlung dort, wo **130** § 169 GVG mit anderen rechtlichen Garantien kollidiert. Dies ist zB der Fall, in dem ein Anwesen besichtigt werden soll und der Eigentümer des Anwesens außer den Prozessbeteiligten interessierten Dritten den Zutritt zu seinem Anwesen verweigert: § 169 GVG normiert keine Bürgerpflicht, die einen Grundrechtseingriff in Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) durch die Zulassung von Zuschauern gegen den Willen des Eigentümers zulässt.⁴⁹⁹ Etwaige Ausgangssperren während der Corona-Pandemie oder in einer vergleichbaren Situation,⁵⁰⁰ welche keine Ausnahmen für den Besuch von Gerichtsverhandlungen

⁴⁸⁹ Vgl. zB BGH 23.3.2006 – 1 StR 20/06, NStZ 2006, 512.

⁴⁹⁰ Gericke in KK-StPO Rn. 85.

⁴⁹¹ Wiedner in BeckOK StPO Rn. 123 m. H. auf BGH 6.10.1976 – 3 StR 291/76, BGHSt 27, 13 (14) = NJW 1977, 157; Beulke Strafprozessrecht Rn. 376.

⁴⁹² BGH 6.3.1987 – 2 StR 675/86, BeckRS 1987, 31104125; BayObLG 10.1.2023 – 207 StRR 378/22, BeckRS 2023, 219; „Terminszettel“ ausreichend OLG Köln 2.7.1999 – Ss 245/99, NStZ-RR 1999, 335.

⁴⁹³ Vgl. zu einem solchen Fall OLG Koblenz 7.2.2011 – 2 SsBs 144/10, NZV 2011, 266 (266 f.).

⁴⁹⁴ BayObLG 6.7.2020 – 202 ObOWi 682/20, NZV 2021, 54 = BeckRS 2020, 20217.

⁴⁹⁵ BVerfG 10.10.2001 – 2 BvR 1620/01, NJW 2002, 814 (814 f.); OLG Koblenz 7.2.2011 – 2 SsBs 144/10, NZV 2011, 266; BGH 22.6.1982 – 1 StR 249/81, NStZ 1982, 476 (476 f.).

⁴⁹⁶ Vgl. hierzu OLG Zweibrücken 25.9.1995 – 1 Ss 183/95, NJW 1995, 3333.

⁴⁹⁷ BGH 10.6.1966 – 4 StR 72/66, BGHSt 21, 72 (73) = NJW 1966, 1570 (1571); BGH 6.10.1976 – 3 StR 291/76, BGHSt 27, 13 (14) = NJW 1977, 157 (157 f.); BGH 28.6.1984 – 4 StR 243/84, NStZ 1984, 470; OLG Köln 2.7.1999 – Ss 245/99, NStZ-RR 1999, 335 mwN; Pfeiffer Rn. 23; zusef. auch Fromm NJOZ 2015, 1193.

⁴⁹⁸ Gericke in KK-StPO Rn. 85.

⁴⁹⁹ BGH 14.6.1994 – 1 StR 40/94, BGHSt 40, 191 (192 f.) = NJW 1993, 2773 (2773 f.).

⁵⁰⁰ Vgl. hierzu auch Moslehi GVRZ 2020, 21.

als Öffentlichkeit zulassen,⁵⁰¹ stellen dagegen keine Grenzen der Öffentlichkeit, sondern eine Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes dar. Wenn solche Einschränkungen bekannt sind, wird man auch kaum ein Verschulden des Gerichts (vgl. → Rn. 134 ff.), wenn es dennoch zu Verhandlungen kommt, verneinen können. Der Ausnahmecharakter einer pandemischen Situation mag dabei unmittelbar zu deren Beginn das Gewicht eines solchen Fehlers als so gering erscheinen lassen, dass die Annahme eines absoluten Revisionsgrund nicht überzeugt; dauerhaft könnte das aber gewiss nicht als Rechtfertigung dienen.⁵⁰²

131 Daneben nennt das **Gesetz** selbst **Einschränkungsmöglichkeiten**, so in §§ 171a, 171b, 172, 173 Abs. 2 GVG.⁵⁰³ Macht das Gericht von den gesetzlichen Ausschlussmöglichkeiten Gebrauch, ist § 174 Abs. 1 GVG zu beachten. Hiernach ist idR in öffentlicher Verhandlung über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten (vgl. arg. e contrario § 174 Abs. 1 S. 1 GVG), der Beschluss über den Ausschluss zu verkünden, § 174 Abs. 1 S. 2 GVG und gem. § 174 Abs. 1 S. 3 GVG zu begründen (zu die Revision begründenden Fehlern vgl. → Rn. 139 ff.).

132 Gem. § 48 Abs. 1 JGG finden Verhandlungen gegen Jugendliche unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wird hiergegen verstoßen, stellt dies nicht eine Beschränkung der Öffentlichkeit dar, sondern kommt einer Erweiterung derselben gleich. Ein **Verstoß gegen § 48 Abs. 1 JGG** kann demnach nicht nach Nr. 6 gerügt werden, sondern nur nach **§ 337**,⁵⁰⁴ wobei für den Erfolg der Revision in diesem Fall erforderlich ist, dass das Urteil gerade auf diesem Verstoß beruht.⁵⁰⁵ Im Verfahren gegen **Heranwachsende** steht der Ausschluss der Öffentlichkeit im **Ermessen** des Gerichts, § 109 Abs. 1 S. 4 JGG.

133 **c) Unzulässige Erweiterung der Öffentlichkeit.** Auch über die Frage des § 169 S. 2 GVG (vgl. → Rn. 126) hinaus ist vom Anwendungsbereich der Rüge nach Nr. 6 nur die **unzulässige Beschränkung**, nicht jedoch die **unzulässige Erweiterung** der Öffentlichkeit erfasst,⁵⁰⁶ also die Verhandlung unter Teilnahme der Öffentlichkeit, wenn aber deren Ausschluss geboten wäre.⁵⁰⁷ Der Angeklagte hat **keinen Anspruch** darauf, dass das Gericht die Öffentlichkeit ausschließt und zwar weder aus Aspekten der Menschenwürde noch aus Art. 6 Abs. 1 S. 2 EMRK.⁵⁰⁸

134 **2. Verschulden des Gerichts.** Voraussetzung für die Rüge nach Nr. 6 ist, dass die **Verletzung** des Öffentlichkeitsgrundsatzes in den Verantwortungsbereich des Gerichts fällt, das **Gericht** sie also **verschuldet** hat.⁵⁰⁹ Das Erfordernis gerichtlichen Verschuldens ist mit

⁵⁰¹ Dabei geht BGH 17.11.2020 – 4 StR 390/20, BeckRS 2020, 37724 (insoweit nicht abgedruckt in NStZ-RR 2021, 83) mAnm Jahn JuS 2021, 274, davon aus, dass auch ohne explizite Ausnahme der Besuch einer Gerichtsverhandlung jedenfalls immer und erkennbar (was zweifelhaft erscheint!) ein „trifftiger Grund“ zum Verlassen der Wohnung gewesen sei.

⁵⁰² Vgl. zur Problematik auch Arnoldi NStZ 2020, 313 und Kulhanek NJW 2020, 1183.

⁵⁰³ Vgl. hierzu auch Wiedner in BeckOK StPO § 338 Rn. 131, der darüber hinaus die §§ 175, 177 GVG nennt.

⁵⁰⁴ BGH 21.11.1969 – 3 StR 249/68, BGHSt 23, 176 = NJW 1970, 523; König in Heghmanns/Scheffler StrafVerf-HdB Kap. X Rn. 208; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 47; Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 108.

⁵⁰⁵ Zum Beruhen allg. vgl. → § 337 Rn. 129 ff.

⁵⁰⁶ BGH 8.2.1957 – 1 StR 375/56, BGHSt 10, 202 (206 f.) = NJW 1957, 881; BGH 21.11.1969 – 3 StR 249/68, BGHSt 23, 176 (178) = NJW 1970, 523 (524); aus neuerer Zeit BGH 17.9.2014 – 1 StR 212/14, NStZ 2015, 181 sowie BGH 12.11.2015 – 2 StR 311/15, NStZ 2016, 180 (wo auf die Möglichkeit eines relativen Revisionsgrundes hingewiesen wird) und BGH 22.5.2017 – 1 StR 130/17, StraFo 2017, 285 = BeckRS 2017, 113986; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 47; Franke in Löwe/Rosenberg Rn. 105; Wiedner in BeckOK StPO Rn. 124; Frisch in SK-StPO Rn. 127; krit. Kudlich FS Fezer, 2008, 435 (440); eine Einschränkung der Nr. 6 für die Öffentlichkeitserweiterung gänzlich ablehnend Roxin FS Peters, 1974, 393 (400, 403).

⁵⁰⁷ Wiedner in BeckOK StPO Rn. 124 m. H. auf BGH 8.2.1957 – 1 StR 375/56, BGHSt 10, 202 (206 f.) = NJW 1957, 881; 2.7.1969 – 4 StR 226/69, BGHSt 23, 82 (85) = NJW 1969, 2107 (2108).

⁵⁰⁸ Nagel in Radtke/Hohmann Rn. 198; Schmitt in Meyer-Goßner/Schmitt Rn. 47 mwN auf Rspr.

⁵⁰⁹ Arg. e contrario BGH 10.6.1966 – 4 StR 72/66, BGHSt 21, 72 (74) = NJW 1966, 1570 (1571): Dort kein Verstoß, weil die Kammer das Hindernis für die Öffentlichkeit nicht bemerkte und auch nicht bemerken konnte. BGH 18.12.1968 – 3 StR 297/68, BGHSt 22, 297 (301 f.) = NJW 1969, 756;